

Eine Information von:

GRÜNE Netzwerk
LIGA Ökologischer
Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.



Zeit für den Abschied

Hintergründe zum Kraftwerk Jänschwalde

Ein sehr baldiger Abschied vom Braunkohlekraftwerk Jänschwalde ist notwendig und möglich. Das in der DDR-Zeit gebaute Kraftwerk ist (gemeinsam mit zwei Blöcken in Boxberg) das älteste und klimaschädlichste Kraftwerk im Lausitzer Kohlerevier. Es gehört europaweit zu den größten CO₂-Emittenten und hat bereits die Zerstörung zahlreicher Dörfer durch Tagebaue verursacht.

Zwei der sechs Blöcke werden zum 1.10.2018 und 1.10.2019 in die „Sicherheitsbereitschaft“ überführt, eine 2015 mit der Bundesregierung ausgehandelte verdeckte Stilllegungsprämie.

Der Schutz des Weltklimas erfordert praktisch eine sofortige Abschaltung (2019) auch der anderen vier Blöcke. Nur so könnten modernere Kraftwerke wie Schwarze Pumpe im Zuge eines schrittweisen Ausstieges noch einige Zeit weiterlaufen. Doch der LEAG-Konzern plant einen Betrieb seiner Jänschwalder Uralt-Blöcke bis 2033. Dieser Weiterbetrieb mit Kohle aus dem Tagebau Welzow-Süd ist es, wegen dem noch immer die Zwangsumsiedlung des Dorfes Proschim droht.

Die Diskussion über die Zukunft von Standort und Region nach dem Kraftwerk ist durch das Fehlen eines klaren Ausstiegsfahrplanes gelähmt. Denn LEAG und Landespolitik weigern sich daran teilzunehmen, solange sie auf möglichst lange Betriebszeiträume pokern. Diese Politik führt zu massiver Unsicherheit bei den Beschäftigten und in der Region.

Es ist jedoch auch denkbar, dass die LEAG eine baldige Stilllegung plant, sie sich aber von der Bundesregierung bezahlen lassen will. Noch 2014 angekündigte Investitionen in das Kraftwerk sind offenbar bereits gestoppt.

Dass die Reduzierung der Ausbildungskapazitäten bei der LEAG eine Folge der Sicherheitsbereitschaft wäre, muss bezweifelt werden, da es ein sich verschärfendes Überangebot an Lehrstellen in der Lausitz gibt.

Die geringe Wärmenutzung spielt bei der Entscheidung über einen Weiterbetrieb weder wirtschaftlich noch politisch eine Rolle. Die Versorgungssicherheit für Cottbus und Peitz kann kurzfristig auf andere Weise sichergestellt werden. Das Gipswerk, das Abprodukte des Kraftwerks verarbeitet, kann aufgrund einer angelegten Gipsdeponie noch zwanzig Jahre nach der Kraftwerksschließung weiter bestehen.

Letzter Dörferfresser der DDR



Das Kraftwerk Jänschwalde war als „Kraftwerk der Jugend“ das letzte in der DDR gebaute Großkraftwerk. Die Tagebaue Jänschwalde und Cottbus-Nord wurden Ende der 1970er / Anfang der 1980er Jahre nur für dieses Kraftwerk aufgeschlossen. Das war mit der Umsiedlung und Abbaggerung zahlreicher Orte verbunden (z.B. Groß Lieskow, Klein Lieskow, Tranitz, Lakoma, Weißagk, Horno, Teile von Gosda und Schlichow). Heute erfolgt die Belieferung aus dem Tagebau Jänschwalde und über die LEAG-eigene Kohlebahn aus Welzow-Süd.

Die sechs Blöcke A bis F gingen nacheinander im Laufe der 1980er Jahre ans Netz. Jeder der 500 Megawatt-

Blöcke besteht aus zwei Dampfkesseln von je 250 MW.

- Elektrische Bruttoleistung (= inklusive des Eigenverbrauchs): ca. $6 \times 500 \text{ MW} = 3.000 \text{ MW}$
- Elektrische Nettoleistung (= Einspeisung ins Stromnetz): $6 \times 465 \text{ MW} = 2790 \text{ MW}$
- Wirkungsgrad nach Betreiberangaben 35,5 - 36,1 % (zum Vergleich: Kraftwerk Schwarze Pumpe, 40,6 % - fertiggestellt um 1997)
- Kohleverbrauch: je nach Auslastung 24 bis 26 Mio. t pro Jahr
- CO₂-Ausstoß: wie Kohleverbrauch (aus einer Tonne Lausitzer Braunkohle wird fast genau eine Tonne CO₂ frei)

Klimaschutz erfordert Abschaltung 2019



Das Kraftwerk Jänschwalde erscheint regelmäßig auf der Liste der größten CO₂-Emittenten Europas an vierter Stelle, innerhalb Deutschlands an zweiter.¹ Die Studie „Zukunft Stromsystem“ im Auftrag des WWF errechnete aus dem 2-Grad-Ziel ein noch verfügbares CO₂-Budget und schlüsselte dieses auf die Länder der Erde auf. Innerhalb Deutschlands ergab die Anwendung des Budgets auf den Stromsektor, dass das gesamte Kraftwerk Jänschwalde im Jahr 2019 abgeschaltet werden müsste, um das 2-Grad-Ziel erreichen zu können. Spätestens 2035 müsste nach dieser Berechnung der Kohleausstieg in Deutschland abgeschlossen sein.²

Die Frage, ob sich ein Kohleausstiegspfad am 2-Grad-Ziel oder an dem im Pariser Klimaabkommen genannten strengeren 1,5-Grad-Ziel orientieren muss, ist deshalb für das Kraftwerk Jänschwalde nicht relevant: Es muss in beiden Fällen so zeitnah wie möglich vom Netz.

Kraftwerk Jänschwalde bedroht Proschim



Für den geplanten Tagebau Welzow-Süd II soll das Dorf Proschim gegen den Willen vieler Einwohner abgebaggert werden. 2014 hat die Brandenburgische Landesregierung dazu einen Braunkohlenplan beschlossen. Die LEAG hält sich aber bis 2020 offen, ob sie das Verfahren mit einem bergrechtlichen Genehmigungsantrag weiter vorantreibt. Die damit verbundene Unsicherheit ist für die Bewohner nicht länger zumutbar.

Auch wenn die Kohle unter Proschim im Kraftwerk Schwarze Pumpe verbrannt werden soll - nötig kann das nur werden, wenn zuvor die Kohle aus Welzow I nach Jänschwalde gefahren wird. Geplant sind 232 Millionen Tonnen ab dem

Jahr 2012. Nur dann geht die Rechnung auf, mit der die Förderung der 204 Mio. t in Welzow II begründet wurde.³ Damit ist die Zwangsumsiedlung Proschims direkt von der Laufzeit des Kraftwerkes Jänschwalde abhängig.

Ursprünglich geplante Laufzeit ist 2020 erreicht

Die brandenburgische Energiepolitik ging lange Zeit selbst davon aus, das gesamte Kraftwerk Jänschwalde um 2020 stillzulegen. Nach der Wiedervereinigung gab es eine Übergangsfrist zur Anpassung der Kraftwerke an bundesdeutsche Emissionsstandards. Während andere Kraftwerke ersatzlos stillgelegt (Vetschau, Lübbenau) oder durch Neubauten ersetzt wurden (Schwarze Pumpe), wurden die 500 MW-Blöcke in Jänschwalde und Boxberg mit einer Rauchgasentschwefelung nachgerüstet. Man plante dabei einen Betrieb bis 2020, so schreibt noch 2001 das Gutachten zum Energiekonzept des Landes Brandenburg:

„Im Jahr 2020 kommt die Betrachtung der Stromerzeugung in Brandenburg an eine Schnittstelle, da etwa zu diesem Zeitpunkt das Kraftwerk Jänschwalde seinen Betrieb einstellen wird.“⁴

Neubauträume geplatzt - Konzern plant Laufzeitverlängerung



Erst mit der Planung neuer Tagebaue versprach die Landesregierung den Beschäftigten einen längeren Betrieb. Mit dieser Politik hat sie die Lausitz um elf Jahre Vorbereitung auf das Kraftwerksende gebracht.

Ab ca. 2004 wurde zunehmend über eine neue Kraftwerksgeneration diskutiert. 2007 gingen Vattenfall und brandenburgische Landesregierung mit dem Vorhaben an die Öffentlichkeit, bis 2020 am Standort Jänschwalde ein Kraftwerk mit CO₂-Abscheidung und unterirdischer Verpressung (CCS - „carbon capture and storage“) zu bauen. Damit sollte das alte Kraftwerk ersetzt werden.

Das Neubaukraftwerk sollte von ca. 2025 bis 2060/70 Strom liefern und dafür neue Tagebaue (Jänschwalde-Nord, Bagenz-Ost, Spremberg-Ost) aufgeschlossen werden. Die genaue Größenordnung (2.500 MW, 2.000 MW oder noch kleiner?) blieb ebenso unkonkret wie der Ort, an dem das CO₂ verpresst werden sollte. Nur für das als Vorstufe geplante Demonstrationskraftwerk von 300 MW war die Verpressung in Beeskow oder im Oderbruch konkret angekündigt

und führte zur Bildung von Bürgerinitiativen. Als wegen bundesweit großen Widerstandes ein restriktives und stark verspätetes CCS-Gesetz des Bundes absehbar war, stoppte Vattenfall die Vorbereitung des Demokraftwerkes im Dezember 2011. Zu diesem Zeitpunkt waren neue Kohlekraftwerksprojekte ohne CCS in Deutschland - auch aus wirtschaftlichen Gründen - bereits nicht mehr realistisch.

Seitdem kündigte Vattenfall den Betrieb der alten Blöcke meist nebulös „bis Ende der 2020er Jahre“ an, die LEAG seit 2017 im „Revierkonzept“ sogar bis 2033. Bei der Diskussion über neue Kohlekraftwerke um 2006 ging man noch von 40 Jahren Laufzeit pro Kraftwerk aus. Seitdem kein Investor mehr neue Kohlekraftwerke bauen will, wurde von den Betreibern mit zunehmend längeren Laufzeiten bis zu 55 Jahren⁵ argumentiert. Mit den Klimaschutzzielen des Bundes oder dem Paris-Abkommen sind solche Laufzeiten alter Kohlekraftwerke allerdings völlig unvereinbar.

Die Sicherheitsbereitschaft - Stilllegungsprämie für zwei Jänschwalder Blöcke

Das Klimaschutzziel für 2020 hat die Bundesregierung im Jahr 2007 beschlossen. Damit war es langfristig angekündigt und der in der politischen Rhetorik oft behauptete Zusammenhang zu einer „plötzlichen“ Energiewende 2011 ist nicht nachweisbar. Tatsächlich brachte der kurzfristige Atomausstiegsbeschluss von 2011 eher eine Galgenfrist für die Braunkohle, die sonst auf dem Strommarkt zwischen Atomkraft und Erneuerbaren noch schneller verdrängt worden wäre.

Im Dezember 2014 beschloss das gesamte Bundeskabinett, zur Erreichung des Klimaschutzzieles 2020 weitere Maßnahmen einzuleiten. Das Bundeswirtschaftsministerium schlug dazu im März 2015 die Einführung eines Klimabeitrags für ältere Kohlekraftwerke vor. Ziel des Konzeptes war es, die Kohlekraftwerke nicht mehr so hoch auszulasten, sondern ihren Betrieb auf Zeiträume mit höherem Strom-Großhandelspreis zu beschränken. Die Zahlung eines Klimabeitrages sollte dazu die variablen Kosten entsprechend erhöhen.

Es gab massiven und koordinierten Widerstand der Braunkohleländer und Gewerkschaften gegen das Konzept. Die Bundespolitik knickte schließlich vor der Kohlelobby ein und einigte sich auf ein Modell, dass von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IGBCE) vorgeschlagen⁶ und von den Braunkohleländern unterstützt worden war: Bundesweit 2.700 MW sollen für jeweils vier Jahre als Sicherheitsbereitschaft vorgehalten und vergütet und danach stillgelegt werden. Wenig später begannen Gewerkschaft wie Landesregierung, die Umsetzung ihres eigenen Vorschlages als plötzlichen Eingriff der Bundesregierung darzustellen.

Die sogenannte Sicherheitsbereitschaft ist mit einer Vorwarnzeit von 11 Tagen verbunden. Doch Netzengpässe, die elf Tage vorher bekannt sind, sind ausgesprochen unwahrscheinlich, daher ist von einem tatsächlichen Einsatz dieser Kraftwerke für die Versorgungssicherheit kaum auszugehen. Allerdings werden die vier Jahre Bereitschaft den Betreibern mit Steuermillionen vergütet. Die Reserve wird deshalb weit verbreitet als getarnte Abschaltprämie angesehen und als Konzept für weitere Schritte zum Kohleausstieg abgelehnt.

Im Kraftwerk Jänschwalde soll zum 1.10.2018 der Block F und zum 1.10.2019 der Block E in die Reserve überführt werden. Es handelt sich um die beiden neuesten Blöcke, weil die von Block A nach Block F aufgebauten Versorgungsleitungen nur in umgekehrter Reihenfolge zurückgebaut werden können.

Investitionen ins Kraftwerk offenbar gestoppt

Vattenfall, bis 2016 Betreiber der Kraftwerke und Tagebaue, hat 13 Millionen Euro investiert, um in einem Kessel des Blockes F die Zünd- und Stützfeuerung von Öl auf Trockenbraunkohle (TBK) umzurüsten. Zünd- und Stützfeuerung ermöglicht das Anfahren des Kessels oder dessen stabilen Betrieb bei Teillast. Die Mindestlast, unterhalb der ein Kessel abgeschaltet werden muss, sollte so auf 20 % gesenkt werden, das Kraftwerk also auch flexibler auf die Einspeisung Erneuerbarer Energien reagieren können. Am 14.11.2014 ging die Anlage in Betrieb.⁷

Seit 2015 mit der Sicherheitsbereitschaft genau für diesen Block die Stilllegung vereinbart wurde, ist die TBK-

Stützfeuerung aus der Pressearbeit des Kraftwerksbetreibers praktisch verschwunden. Offensichtlich ist die ursprünglich geplante Anwendung auf die anderen elf Kessel des Kraftwerkes vom Tisch. Das bedeutet entweder, dass die Technik nicht so gut funktioniert hat wie öffentlich kommuniziert wurde oder dass der Betreiber selbst von Betriebszeiten der restlichen Blöcke ausgeht, bei denen sich eine solche Nachrüstung nicht mehr lohnen würde.

Revierkonzept kontra Koalitionsvertrag

In ihrem neuen Revierkonzept von März 2017 gibt die LEAG an, das Kraftwerk Jänschwalde bis nach 2030 betreiben zu wollen:

„Das Unternehmen plane, den Tagebau Jänschwalde bis voraussichtlich 2023 planmäßig zu Ende führen. Das Kraftwerk Jänschwalde soll dann noch für einen Zeitraum von 8 bis 10 Jahren mit Kohle aus dem Süden des Reviers betrieben werden, um damit auch der Struktur- und Standortentwicklung einen längeren Planungshorizont zu geben.“⁸

Im Sommer 2017 wurden Überlegungen der Landesregierung Brandenburg bekannt, ihr Klimaschutzziel für 2030 so stark aufzuweichen (von 25 auf 41 Mio. Jahrestonnen), dass es einem Weiterbetrieb des Kraftwerkes gemäß Revierkonzept nicht entgegensteht. Offenbar waren die Handelnden dafür sogar bereit, den Koalitionsvertrag zu brechen, der sich zum bisherigen Klimaziel des Landes bekennt.⁹ Im September 2017 wurde das bereits eingeleitete Beteiligungsverfahren zur Überarbeitung der Energiestrategie auf unbestimmte Zeit verlängert, um Entwicklungen aus der Bundespolitik abzuwarten. Ursprünglich für die Regierungsbildung im Herbst 2017 gedacht, dauert dieses Abwarten angesichts der vom Bund eingesetzten „Kohlekommission“ jetzt weiter an.

Pokern auf Kosten der Region

Doch kein Unternehmen betreibt ein Kraftwerk aus Mitleid mit der Struktur- und Standortentwicklung vor Ort. Der wahre Grund für die von der LEAG behauptete Laufzeit wird vom Unternehmen also verschwiegen. Ob die vier ältesten Jänschwalder Kraftwerksblöcke wirtschaftlich bis 2030 betrieben werden können, ist alles andere als sicher. Der technische Verschleiß ist hoch, die Gewinne gering. Nicht ausgeschlossen, dass die LEAG versucht, für die ohnehin geplante frühere Stilllegung des Kraftwerkes von der Bundesregierung entschädigt zu werden. Dem Kohlerevier und den Beschäftigten könnte man dann den Klimaschutz als Schuldigen präsentieren und der deutsche Steuerzahler würde den tschechischen Milliardären, denen die LEAG gehört, angeblich entgangene Gewinne ersetzen. Dieses Geld kann dann nicht mehr in den Lausitzer Strukturwandel fließen. Und die Menschen vor Ort sich kaum noch rechtzeitig auf die Stilllegung vorbereiten.

Stilllegung allein wegen verschärfter Schadstoffgrenzwerte sinnvoll

Am 28. April 2017 beschloss die EU strengere Stickoxid-, Schwefeldioxid- und Quecksilbergrenzwerte für Großfeuerungsanlagen (Large Combustion plants - LCP). Diese sind ab August 2021 von den Kraftwerken rechtsverbindlich einzuhalten. Kein Block des Kraftwerkes Jänschwalde hat diese Grenzwerte in 2016 und 2017 eingehalten (siehe Tabelle 1). Die LEAG klagt derzeit gegen diese Verschärfung vor dem Europäischen Gerichtshof. Das bestätigt letztlich die Vermutung vieler Experten, dass eine Nachrüstung des Kraftwerkes Jänschwalde mit entsprechender Filtertechnik nicht wirtschaftlich wäre und deshalb eine zeitnahe Stilllegung mit Blick auf das Alter und die deutschen Klimaziele sinnvoll ist. Aus den europäischen Vorgaben könnte sich insofern eine Abschaltung der Kraftwerksblöcke ergeben. Allerdings ließ Deutschland die Frist zur Umsetzung in nationales Recht am 17. August 2018 verstreichen.¹⁰ Damit besteht noch keine endgültige Klarheit darüber, wie die Regeln ausgestaltet sein werden. Die deutsche Bundesregierung hat die Möglichkeit, die Grenzwerte bei der Umsetzung weiter zu verschärfen.

Tabelle 1: Stickstoffoxid-Jahresmittel (gemessene mittlere Konzentrationswerte) der Blöcke A-F des Braunkohlekraftwerks Jänschwalde in den Jahren 2016 und 2017¹¹

Name	Inbetriebnahme	Jahresmittel NOx (als NO2) 2016	Jahresmittel NOx (als NO2) 2017	In Betrieb
Jänschwalde A	1981 (1996)	184	186	kontinuierlich
Jänschwalde B	1982 (1996)	186	180	meistens
Jänschwalde C	1984 (1996)	189	187	kontinuierlich
Jänschwalde D	1985 (1996)	192	193	meistens
Jänschwalde E	1987 (1996)	191	187	meistens
Jänschwalde F	1989 (1996)	186	187	kontinuierlich

Schließung einer Ausbildungsstätte - ist wirklich der Klimaschutz Schuld?

Der Kraftwerksbetreiber LEAG schließt mit dem Ausbildungszentrum Boxberg eine von bisher fünf seiner Ausbildungsstätten Als Ursache nennt er die Energiewende und die „ab 2018 geltende Sicherheitsbereitschaft“.¹²

Doch in der Lausitz werden über alle Branchen hinweg händeringend Auszubildende gesucht. Am 1. August 2018 waren 1668 Lehrstellen noch unbesetzt, etwa 500 werden es nach Einschätzung der Agentur für Arbeit auch bleiben. Ähnlich sah es schon im Vorjahr aus.

„3473 Bewerbern um einen Ausbildungsplatz stehen 3799 betriebliche Lehrstellenangebote gegenüber. Davon sind 1668 unbesetzt. 1149 Lehrstellensuchende haben noch keinen Lehrvertrag in der Tasche. „Jeder Bewerber kann einen Ausbildungsplatz finden, allerdings nicht jeder Betrieb einen Lehrling“, sagt Marion Richter, Geschäftsführerin Operativ der Agentur für Arbeit Cottbus. „Mindestens 500 Lehrstellen werden unbesetzt bleiben. Das verschärft den Fachkräftemangel.“ (Lausitzer Rundschau, 01.08.2018)¹³

„Die Sommerferien sind bald Geschichte und auch jetzt noch - kurz vor dem Beginn des neuen Ausbildungsjahres - gibt es in der Region noch mehr als 1000 freie Lehrstellen.“ (Lausitzer Rundschau, 24.08.2017)¹⁴

Dass Unternehmen, die weit über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, in dieser Situation die Ausbildungskapazitäten reduzieren, ist eigentlich folgerichtig. Würde die LEAG die Anzahl ihrer Ausbildungsstätten nicht reduzieren, könnte sie die Plätze entweder gar nicht besetzen kann, oder würde kleineren Unternehmen die Auszubildenden wegnehmen. Das Argument, dass junge Lausitzer die Region verlassen müssten, wenn sie nicht beim Kohleunternehmen ausgebildet und übernommen werden, entfernt sich seit Jahren immer weiter von der Realität.

Wärmeversorgung auch ohne Kraftwerk Jänschwalde gesichert

Im Vergleich zur Wärmemenge von mehr als 7000 MW bei Volllast werden verschwindend geringe Anteile genutzt. Aus jedem Kraftwerksblock können technisch 58 MW Wärmeleistung ausgekoppelt werden.¹⁵ Das wird in der Praxis aber kaum genutzt. Für das Fernwärmenetz der Cottbuser Stadtwerke werden maximal 100 MW Wärme geliefert. Die Stadtwerke sind jedoch auch in der Lage, die Versorgungssicherheit ohne das Kraftwerk Jänschwalde sicherzustellen, der weitere Bezug der Fernwärme ist eine wirtschaftliche Entscheidung, aber keine technische Notwendigkeit, wie Stadtwerke-Geschäftsführer Vlatko Knezevic in einer öffentlichen Podiumsveranstaltung auf Nachfrage deutlich machte.¹⁶ Deutlich geringer ist die Wärmeleitung nach Peitz dimensioniert, wo Teile der Kleinstadt ebenfalls Fernwärme aus Jänschwalde beziehen.

Gipsfabriken haben Vorräte für 20 Jahre Weiterbetrieb

Am Kraftwerksstandort Jänschwalde verarbeitet ein benachbartes Unternehmen den bei der Rauchgasentschwefelung anfallenden Gips (Kalziumsulfat). Verschiedentlich werden die Gipsfabriken als direkt vom Weiterbetrieb der Kraftwerke abhängig dargestellt. Tatsächlich wurde jedoch auf der Kippe des Tagebaues Jänschwalde eine Gipsdeponie angelegt, in die seit 1995 der nicht sofort verwertete Teil des Gipses eingelagert wurde. 2012 wurde eine Erweiterung des Gipsdepots beantragt, das bis dahin genutzte „Depot Jänschwalde I“ reichte offenbar ab 2013 nicht mehr für die einzulagernde Gipsmenge aus.

„Entsprechend der Marktsituation der Baustoffindustrie kann nur ein Teil des Gipses direkt der weiteren Verarbeitung zugeführt werden. Der nicht direkt verwertbare Teil des REA-Gipses wird üblicherweise für eine spätere Nutzung bzw. zur Pufferung jahreszeitlicher Bedarfsschwankungen der Gips verarbeitenden Industrie in Gipsdepots zwischengelagert. (...) Aus heutiger Sicht wird davon ausgegangen, dass sich die Rückgewinnungsrate etwa in den gleichen Größenordnungen wie die Einlagerung bewegen wird, d.h. Durchschnittlich ca. 300 kt/a“¹⁷

Bei diesem Verbrauch reichen also die bis heute eingelagerten Gipsmengen nach der Außerbetriebnahme des Kraftwerkes noch für mehr als 20 Jahre aus.

(Keine) Ideen für die Zeit danach?



Die Landesregierung Brandenburg hat nie einen Diskussionsprozess zur Zukunft des Standortes Jänschwalde nach dem Kraftwerk gestartet. Und das obwohl zumindest die Abschaltung des Kraftwerkes bis 2030 ihrer offiziellen Beschlusslage entspricht - dem Klimaschutzziel des Landes.

Diese Lücke versuchten das Liechtenstein-Institut, die Umweltgruppe Cottbus und der Evangelische Kirchenkreis Cottbus im Jahr 2016 zu füllen. Internationale Studenten beschäftigten sich mit der Region und dem Kraftwerksstandort.¹⁸ Ihre visionären Entwürfe wurden als Denkanregungen bei einer Tagung in Peitz diskutiert

und zugleich die Sichtweise verschiedener regionaler Akteure einbezogen.¹⁹ Die Diskussion wurde jedoch nicht weitergeführt. Dazu hat auch das LEAG-Revierkonzept mit der Behauptung eines Kraftwerksbetriebs bis 2033 beigetragen (s.o.)

Deshalb braucht die Region schnellstmögliche Klarheit über die Abschaltzeitpunkte der einzelnen Kraftwerksblöcke. Strukturwandelhilfen müssen auch vor Ort im Amt Peitz ankommen um den Wandel besser gestalten zu können, der mit dem Abschied vom Kraftwerk einhergeht.

Fotos & Layout: www.ideengruen.de | markus pichlmaier

1. Europe's Dirty 30, WWF, 10. May 2007, http://wwf.panda.org/wwf_news/?100140/Europes-Dirty-30
2. Öko-Institut / Prognos: Zukunft Stromsystem Kohleausstieg 2035, Januar 2017, zu Kraftwerkslaufzeiten im Transformationszenario siehe Anhang 2
3. Mengengerüst der Lausitzer Braunkohlenfelder 2012 - 2050, Braunkohlenplan Welzow-Süd Teilfeld II, Begründung zu Ziel 1
4. "Gutachten zur Fortschreibung des Energiekonzeptes des Landes Brandenburg", PROGROS AG 2001, Seite 78
5. So in den Gutachten von Prof. Georg Erdmann zur energiewirtschaftlichen Begründung der Braunkohlenpläne Welzow-Süd II und Nochten 2
6. z.B. Verhandlungen über CO₂-Abgabe gescheitert, Handelsblatt, 04.06.2016, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimaschutz-ziele-verhandlungen-ueber-CO2CO2-abgabe-gescheitert/11870624.html?ticket=ST-1708789-Jf3nEAancsoKCRwYzC4l-ap2>
7. Jänschwalde startet Initialzündung für die Energiewende, Pressemitteilung Vattenfall vom 14.11.2014, <https://corporate.vattenfall.de/newsroom/pressemitteilungen/2014/janschwalde-startet-initialzundung-fur-die-energiewende/>
8. LEAG legt Revierkonzept für die Lausitz vor, Pressemitteilung vom 30. März 2017
9. Ausführlich in: Die Koalition der Wortbrüchigen, Hintergrundpapier Umweltgruppe Cottbus, August 2017 https://www.kein-tagebau.de/images/_dokumente/170822_infoblatt_klimaziel_brandenburg.pdf
10. <https://www.klima-allianz.de/presse/meldung/rechtsbruch-bundesregierung-ignoriert-eu-gesundheitsstandards>
11. UIG-Anfragen von Klima-Allianz Deutschland und BUND für Umwelt und Naturschutz e.V. an das brandenburgische Landesamt für Umwelt vom 28.03.2018
12. 2019 schließt Ausbildungsstelle Boxberg, Lausitzer Rundschau, 30.05.2017, <https://www.lr-online.de/lausitz/weisswasser/2019-schliesst-ausbildung>
13. https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/wirtschaft/arbeitsmarkt-offene-stellen-lausitz-azubis-sommerpause_aid-24157233
14. https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/noch-1000-lehrstellen-sind-unbesetzt_aid-2546567
15. Aus Braunkohle wird Energie Tagebaue Jänschwalde und Cottbus-Nord (8/2005).
16. „Cottbus werde aber auch weiterhin im bisherigen Umfang Fernwärme aus dem Kohlekraftwerk Jänschwalde beziehen, weil das die Wirtschaftlichkeit des Erdgasprojekts erhöht, erklärte der Stadtwerke-Geschäftsführer. Die technische Versorgungssicherheit von Cottbus mit Fernwärme sei jedoch auch dann nicht gefährdet, wenn das Kraftwerk Jänschwalde vom Netz gehe. Das könne man mit der neuen Anlage und den bestehenden Spitzenlast-Gaskesseln kompensieren, auch wenn dies nicht das Ziel sei.“, Modernisierung der Fernwärme: Cottbus plant Umstellung von Kohle auf Gas - „Wirtschaftlich beste Lösung“, Pressemitteilung Heide Schinowsky, 29.03.2018
17. Antrag auf Genehmigung nach § 4 BImSchG für Errichtung und Betrieb eines Gipsdepots im Bereich des Depots Jänschwalde II, Vattenfall Europe Mining, 28.06.2012, S. 1.1-1 f.
18. Lausitz im Wandel, Onlinefassung auf https://issuu.com/isd1/docs/studio_lusatia
19. Pressemitteilung: <https://www.kein-tagebau.de/index.php/de/aktuell/279-lausitzer-diskutieren-die-zukunft-nach-dem-braunkohlekraftwerk-jaenschwalde>
Kurzfilm: <https://vimeo.com/183540131>

Herausgeber

GRÜNE Netzwerk
LIGA Ökologischer
Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.

GRÜNE LIGA Bundeskontaktstelle Braunkohle
Umweltgruppe Cottbus e.V.
Straße der Jugend 94

03046 Cottbus

umweltgruppe@kein-tagebau.de
www.kein-tagebau.de

Stand: September 2018

Spendenkonto:

Inhaber: Umweltgruppe Cottbus
IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
BIC: GENODEM1GLS (GLS Bank)

Verwendungszweck: Lausitzer Kohle